

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GB/JA! (Catherine Weber/Hasim Sancar, GB/Anne Wegmüller, JA!) vom 17. August 2006: Als UNESCO-Welterbe besonders verpflichtet: Die Stadt Bern soll dem UNESCO-Projekt „Städte gegen Rassismus“ beitreten (06.000213)

In der Stadtratssitzung vom 15. März 2007 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt, die Antwort des Gemeinderats als Prüfungsbericht jedoch abgelehnt:

Im März 2004 lancierte die UNESCO die internationale Koalition der Städte gegen Rassismus (www.unesco.org/shs/citiesagainstracism). Damit soll ein weltweites Netzwerk von Städten aufgebaut werden, die sich in vielfältiger Art entschieden und kontinuierlich gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen. Das Projekt ist in verschiedene Welt-Teile aufgeteilt, die europäische Koalition wird von der Stadt Nürnberg koordiniert. Mittlerweile sind diesem wichtigen Netzwerk verschiedenste Städte wie Barcelona, London, Paris, Lyon oder Stockholm beigetreten und weitere Städte haben seither eine entsprechende Absichtserklärung (Declaration of Intent) unterzeichnet. Die Stadt Bern engagiert sich bereits in verschiedensten Bereichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, so u.a. mit der Mit-Finanzierung des ggg-fons. Trotzdem sind rassistische Übergriffe, Diskriminierung und fremdenfeindliche Handlungen auch auf städtischem Gebiet leider immer wieder Realität. Auch verwaltungsintern muss das Bewusstsein kontinuierlich geschärft werden. Mit einem Beitritt zu der von der UNESCO lancierten Städtekoalition kann die Stadt Bern ein weiteres wichtiges Zeichen setzen, nicht zuletzt weil sie als UNESCO-Welterbe weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist. Wir bitten daher den Gemeinderat, den Beitritt der Stadt Bern zur European Coalition of Cities against Racism eingehend zu prüfen, unter Einbezug der von der Stadt Bern bereits erfüllten, bzw. noch zu erfüllenden Beitrittskriterien, wie sie von der UNESCO vorgelegt werden (Act of Accession and Commitment - Ten Point Plan).

Bern, 17. August 2006

Postulat Fraktion GB/JA! (Catherine Weber/Hasim Sancar, GB/Anne Wegmüller, JA!), Natalie Imboden, Urs Frieden, Franziska Schnyder, Myriam Duc, Simon Röthlisberger, Karin Gasser, Daniele Jenni, Stefanie Arnold

Bericht des Gemeinderats

1) Die Städte-Koalition gegen Rassismus

Die von der UNESCO 2004 lancierte Städte-Koalition gegen Rassismus hat zum Ziel, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, um sich gemeinsam wirkungsvoll gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einzusetzen und die diversen internationalen und nationalen Rechtsinstrumente zur Bekämpfung jeglicher Art von Diskriminierung auf lokaler Ebene umzusetzen. Mit einem 10-Punkte-Aktionsplan wird die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung auf kommunaler Ebene angegangen. Zu jedem Punkt werden Massnahmen formuliert, die den Städten als Beispiele Umsetzung empfohlen werden. Beitrittskriterien müssen in dem Sinne keine erfüllt werden, der Beitritt selber aber verpflichtet zu Massnahmen. Über den Stand der Umsetzung ist alle zwei Jahre Bericht zu erstatten.

2) *Beitrittsmodalitäten; Beitritte aus der Schweiz*

Der Beitritt zur Städte-Koalition erfolgt in der Regel in *zwei Schritten*:

In einem *ersten Schritt* wird die „Declaration of Intent“ unterzeichnet. Damit erklärt die unterzeichnende Stadt ihre Absicht, der Koalition beizutreten und ihren Entscheidorganen vorzuschlagen, Mitglied der Koalition zu werden und sich zu verpflichten, den Aktionsplan umzusetzen. Der *zweite Schritt* besteht in der Unterzeichnung des „Act of Accession and Commitment“, der Beitritts- und Verpflichtungserklärung, mit welcher der Beitritt und die Annahme des 10-Punkte-Aktionsplans durch die unterzeichnende Stadt bestätigt werden. Der Aktionsplan ist als Arbeitsinstrument zu verstehen, das die Städte in ihrer Arbeit gegen Rassismus und Diskriminierung unterstützt und begleitet. Er ist im Detail von den Städten auszuarbeiten.

Bis Januar 2008 hatten 70 europäische Städte die Absichtserklärung (erster Schritt) und 31 Städte die Beitritts- und Verpflichtungserklärung (zweiter Schritt) unterzeichnet. In der Schweiz haben Genf und Lausanne die Absichtserklärung und Winterthur und Zürich zusätzlich auch die Beitritts- und Verpflichtungserklärung unterzeichnet.

3) *Stand und Vorgehen Stadt Bern*

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass im Rahmen der Integrationspolitik der Stadt Bern bereits heute Ziele formuliert sind, welche dem Aktionsplan der europäischen Koalition „Städte gegen Rassismus“ entsprechen, wie zum Beispiel die Punkte 5 und 8 des Aktionsplans „Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen“ und „Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung“. In weiteren Punkten des Aktionsplans hat die Stadt Teilleistungen erreicht. Einer Unterzeichnung der Absichtserklärung (Declaration of Intent) steht nichts entgegen.

Der tatsächliche Beitritt und die Verpflichtungserklärung erfordern eine gründliche Abklärung. Die konkrete Auseinandersetzung mit dem 10-Punkte-Aktionsplan der Städte-Koalition gegen Rassismus ermöglicht eine Standortbestimmung bezüglich der bisher geleisteten Integrations- und Antidiskriminierungspolitik. Dadurch wird sichtbar, wo mögliche Schwachstellen und Lücken bestehen, denen mit geeigneten Massnahmen zu begegnen ist. In diesem Zusammenhang sind die zu erwartenden Kostenfolgen für die Umsetzung des Aktionsplans zu prüfen.

Der Kampf gegen Rassismus ist eine Querschnittsaufgabe; alle Verwaltungsabteilungen sowie die lokalen, kantonalen und nationalen Netzwerke und Institutionen sind aufgefordert, mitzuarbeiten, um die Wirksamkeit zu bündeln. Die Städte-Koalition gegen Rassismus ist jedoch eine Verpflichtung der Stadtverwaltung. Deshalb drängt sich folgendes Vorgehen zur Erarbeitung eines Aktionsplans auf: In einem ersten Schritt werden die verwaltungsinternen Stellen „ins Boot geholt“, damit sie mit ihren Beiträgen zur Erarbeitung und Umsetzung des Aktionsplans ihr eigenes Bekenntnis zur Verpflichtungserklärung der Stadt Bern abgeben können und alle Bereiche abgedeckt sind. In einem zweiten Schritt werden weitere verwaltungsexterne Akteure zur Mitarbeit aufgerufen und in die Massnahmenplanungen einbezogen werden, damit diese ebenfalls im 10-Punkte-Aktionsplan ihren Niederschlag finden. Die Städte Zürich und Winterthur haben mit diesem Vorgehen sehr gute Erfahrungen gemacht.

Die Stadt Bern verfügt mit dem Kompetenzzentrum Integration und der Konferenz der Integrationsverantwortlichen der Direktionen (KIV) über die geeigneten Gefässe, den Aktionsplan im Detail zu erarbeiten – unter Einbezug der notwendigen weiteren Stellen. Ende Oktober 2008 wird die Direktion für Bildung, Soziales und Sport dem Gemeinderat eine konkrete Vor-

lage mit dem Aktionsplan sowie den Folgen für das Personal und die Finanzen bei dessen Umsetzung als Entscheidungsgrundlage für den tatsächlichen Beitritt zur UNESCO-Städte-Koalition gegen Rassismus (act of accession and commitment) unterbreiten.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Erarbeitung des Aktionsplans erfolgt mit den vorhandenen Mitteln und dem vorhandenen Personal im Rahmen des jeweiligen Auftrags der einbezogenen Stellen.

Bern, 12. März 2008

Der Gemeinderat